

## Tag der erfüllten Steuerpflicht

Sprechnotiz von Bundesrat Hans-Rudolf Merz  
Mediengespräch vom 19. April 2006

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich habe Sie heute unter dem Titel „Finanzpolitik ist Gesellschaftspolitik“ zu einem Mediengespräch eingeladen. Es freut mich, dass Sie auch für ein nicht tagesaktuelles Thema so zahlreich erscheinen. Und es freut mich, dass ich Ihnen nicht nur Hintergründiges, sondern auch eine Neuigkeit verraten kann:

### 1. Tag der erfüllten Steuerpflicht

Am heutigen Mittwoch können Frau und Herr Durchschnitts-Schweizer aufatmen. Ab heute, 19. April, arbeiten sie nicht mehr für den Staat, sondern für ihre eigene Tasche. Wir feiern heute sozusagen den Tag der erfüllten Steuerpflicht. Aus diesem Anlass danke ich allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern für ihren Beitrag an unseren Staat.

Im Durchschnitt haben wir dieses Jahr nach 108 Tagen unsere finanzielle Bürgerpflicht erfüllt: Wir haben dann die Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie die Sozialversicherungsabgaben bezahlt. Das sind weniger Tage als im Jahr 2000, wo wir bis zum 23. April – insgesamt 112 Tage – arbeiten mussten. Allerdings benötigten wir noch zu Beginn der Neunziger Jahre weniger als 100 Tage zur Erfüllung unserer Steuerpflicht.

Mit Blick auf das eigene Portemonnaie darf nicht vergessen werden, dass wir neben den Steuern eine Reihe von weiteren staatlich auferlegten Abgaben entrichten. Allein der Einbezug der Krankenkassenprämien der obligatorischen Grundversicherung verlängert die finanziellen Verpflichtungen der Bürger um einen Monat. Im laufenden Jahr müssten wir im Durchschnitt bis zum 19. Mai arbeiten.

In diesen Berechnungen spiegelt sich die Entwicklung der Staatsfinanzen der letzten 15 Jahre. Dazu die drei wichtigsten Grössen:

1. Die **Schulden des Bundes** haben sich seit 1990 von 38 Mia auf fast 130 Mia mehr als verdreifacht. Wir müssen sie mit jährlich rund 4 Mia verzinsen!
2. Auch die **Staatsquote** ist im gleichen Zeitraum von 30% auf 36.5% gestiegen. Der Anteil der Ausgaben von Bund, Kantonen, Gemeinden und obligatorischen öffentlichen Sozialversicherungen am Bruttoinlandprodukt ist also deutlich grösser geworden: Jeder dritte

Franken unserer Wirtschaftsleistung geht mittlerweile durch die Hände des Staats.

3. Entsprechend gestiegen ist auch die **Fiskalquote** von 26% auf heute knapp 30%. Das ist leicht unter dem Höchststand 2000 von rund 31%. Es ist aber gleichwohl nicht so, dass wir – wie immer wieder behauptet wird – unser Land zu Tode sparen. Das zeigt auch der Augenschein der guten Infrastrukturen Landauf-Landab. Auch herrscht kein ruinöser Steuerwettbewerb. Die Daten belegen das Gegenteil.

## 2. Schlanker und starker Staat

Ein funktionierender Staat ist im wahren Sinne unbezahlbar. Die Daten belegen aber, dass man viele seiner Leistungen messen, berechnen und bewerten kann. Es geht im Wesentlichen um die Fragen, welche Leistungen der Staat erbringen soll und welchen Preis wir dafür zu bezahlen bereit sind.

Ich setze mich für einen funktionsfähigen und starken Staat ein. Gleichzeitig bin ich aber skeptisch gegenüber jeder Machtballung beim Staat. Darum, und auch um Volk und Wirtschaft nicht zu viele Mittel zu entziehen, setze ich mich für einen schlanken Staat ein. Darin besteht kein Widerspruch: Ein „starker und trotzdem schlanker Staat“, das ist nämlich etwas ganz anderes als ein „schwacher und deshalb schlanker Staat“.

Meine Grundüberzeugung ist der Liberalismus. Die soziale Marktwirtschaft ist dessen moderne Errungenschaft. Diese beruht unter anderem auf dem fairen Wettbewerb und auf dem Ausgleich der Ansprüche. Sie erfordert den starken, gleichzeitig schlanken Staat.

Den Staat schlank zu halten, ist Überzeugungs- und harte Knochenarbeit. Die liberale politische Kultur geht vom verantwortungsbewussten Bürger aus, dem wir mit Respekt und einfachen Regeln begegnen. Weil wir im Mitmenschen den mündigen, ehrlichen Bürger und nicht den potenziellen „Täter“ sehen, braucht es keine überbordende präventive Bürokratie, keine Richtlinien- und Bewilligungsflut. Den gläsernen Bürger darf es nicht geben.

Für diese Grundsätze müssen wir immer wieder eintreten. Denn im konkreten Fall erschallt heute auch bei uns nur zu schnell der Ruf nach umfassenden Regelungen durch den Staat. Es ist ein Irrglaube zu meinen, der Staat garantiere uns Freiheit und Sicherheit, ohne dass wir selber Verantwortung übernehmen müssen. Stark und schlank bedeutet damit letztlich auch, dass der Staat nicht alles kann und dass wir ihn nicht überall machen lassen.

## 3. Finanzpolitik ist Gesellschaftspolitik

Auf diesem liberalen Verständnis gründet meine Finanzpolitik. Denn es geht

mir um mehr als blosses Rappenspalten und Sparen. Finanzpolitik ist kein Selbstzweck, sondern sie steht im Dienste der gesellschaftlichen Ansprüche an den Staat. Die Finanzpolitik ist der Schlüssel zur Verwirklichung der anderen Politik-Bereiche wie Sozialwerke, Bildung, Verkehr, Sicherheit, Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen oder Infrastrukturen.

In den letzten Jahren haben wir unsere Politik jedoch auch mit Hypotheken auf die Zukunft finanziert. Die wachsende Staatsverschuldung hat dazu geführt, dass die Zinszahlungen zu einem der wichtigsten Ausgabenposten des Bundes geworden. Die Passivzinsen verdrängen andere Aufgaben. Dieser Entwicklung müssen wir Einhalt gebieten. Erstens sollte der Staat seine Mittel produktiver investieren als in Zinszahlungen. Und zweitens wird die kommende Generation die überschuldete Erbschaft nicht einfach ausschlagen können. Irgendwann müssen die Rechnungen bezahlt werden. Deshalb schafft eine verantwortungsvolle Finanzpolitik politischen Handlungsspielraum. Sie stellt sicher, dass der Staat auch in Zukunft leistungsfähig ist.

#### **4. Ziele Bundesrat Merz**

Wenn wir den Wohlstand unseres Landes erhalten wollen, dann muss die Erhaltung einer hohen Standortqualität oberstes Ziel sein. Entscheidende Faktoren dazu sind die Infrastruktur, Sicherheit und Rechtssicherheit, die Bildung, die soziale Stabilität und eine massvolle Steuerbelastung.

Auch die Finanzpolitik muss darauf hinwirken, dass der Wirtschaftsstandort Schweiz in den Industrieländern weiterhin zur absoluten Spitze gehört.

Vor diesem Hintergrund habe ich mir zu Beginn der Legislatur drei konkrete Ziele für meine Arbeit im EFD gesetzt. Meine Prioritäten liegen auf Massnahmen im Zieldreieck „Gesunder Staatshaushalt“, „Einfaches und faires Steuersystem“ sowie „Einfache Regeln und wirksame Aufsicht“.

#### **5. Gesunder Staatshaushalt**

Ich komme zum ersten Ziel. Ein gesunder Staatshaushalt zählt zu den wichtigen Faktoren für unseren Standort und für unser Wirtschaftswachstum. Sie wissen es – hier sind wir auf gutem Weg. Wir haben Vorsprung auf den Fahrplan zum Abbau des strukturellen Defizits. Der Abschluss 2005 ist dank Minderausgaben fast ausgeglichen. Das ist eine gute Leistung, denn damit zählen wir im europäischen Vergleich zu den Klassenbesten. Ab 2007 müssen wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Die grösste Gefahr für den Staatshaushalt ist der Übermut. In der Euphorie, ein Ziel erreicht zu haben, ist in der Vergangenheit oft der Grundstein für zukünftige Probleme gelegt worden. Insofern stehen wir heute vor einer wichtigen Weichenstellung: Haben wir aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt oder tappen wir wieder in die selben Fallen? Der erfreuliche Konjunkturverlauf und die Hoffnung auf sprudelnde Einnahmen verleiten

bereits wieder zu neuen Ausgabenforderungen. So berechtigt die Anliegen im Einzelfall auch sein mögen – noch haben wir den strukturell gesunden Haushalt nicht erreicht. Zudem fordert der Ausgleich innerhalb eines Konjunkturzyklus, dass wir in guten Zeiten Überschüsse schreiben. Nur so steigt die Gesamtverschuldung nicht weiter an.

Aufgrund der demografischen Entwicklung und der rasanten Zunahme der Ausgaben für das Gesundheitswesen werden in den nächsten Jahrzehnten neue Belastungen auf den Staat zukommen. Die Ausgangslage ist eindrücklich: Im letzten Jahr betragen die Aufwendungen für die Sozialwerke in der Schweiz 100 Milliarden Franken. Gemäss Schätzungen des Bundesamts für Sozialversicherungen dürften diese Ausgaben bis im Jahr 2015 auf 119 Milliarden Franken steigen. Innert weniger als 10 Jahren werden die Ausgaben also um knapp 20% ansteigen.<sup>1</sup>

Freilich finanziert nicht nur der Bund unsere Sozialwerke. Aber er trägt einen grossen Teil dazu bei. Zur Beurteilung der Langfristigkeit der Finanzpolitik müssen deshalb auch solche impliziten Verpflichtungen sichtbar gemacht werden. Daran arbeitet mein Departement bereits: Ich habe einen so genannten Nachhaltigkeitsbericht zur Finanzpolitik in Auftrag gegeben. Er soll den langfristigen Handlungsbedarf bis etwa Mitte dieses Jahrhunderts aufzeigen und es ermöglichen, rechtzeitig die notwendigen Massnahmen zu ergreifen.

## **6. Einfaches, effizientes und faires Steuersystem**

Ich komme zum zweiten Ziel. Die Aufgaben des Staates werden durch Steuern und Abgaben finanziert. An sich garantiert ein einfaches und effizientes Steuersystem, welches die Steuerpflichtigen möglichst gering belastet, die verlässliche Finanzierungsbasis am Besten. Von diesem Idealzustand haben wir uns in der Schweiz jedoch entfernt. Deshalb sind Reformen nötig.

Zudem gefährdet die dynamische Entwicklung des internationalen Steuerwettbewerbs den Steuervorteil der Schweiz für die Zukunft. Einige Länder haben jüngst die Steuerbelastung bei der Gewinnsteuer reduziert, andere haben sogar fundamentale Steuerreformen umgesetzt.

Die Schweiz als kleine und offene Volkswirtschaft ohne Rohstoffe ist auf eine attraktive Steuerpolitik angewiesen, um ihren „natürlichen“ Wettbewerbsnachteil des kleinen Binnenmarkts zu kompensieren. Deshalb lege ich Gewicht auf die Behebung von Steuernachteilen, die sich für die Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb als besonders ungünstig herauskristallisieren.

2006 wird für die Entwicklung unserer Steuerpolitik ein Schlüsseljahr sein. Das Parlament wird sich neben der Unternehmenssteuerreform ab Sommer auch

---

<sup>1</sup> Bericht des Bundesrates über die Entwicklung der Sozialwerke und die Stabilisierung der Soziallastquote vom 17. März 2006

mit der Milderung der Heiratsstrafe befassen. Ende Jahr fällt sodann der Startschuss zur Debatte über den Systemscheid in der Familienbesteuerung. Und voraussichtlich im Herbst werden wir die Vernehmlassung zur Totalrevision der Mehrwertsteuer eröffnen. Bei all diesen Projekten wird sich zeigen, ob die Politik genügend Mut zur Veränderung und zum Fortschritt aufbringt oder ob unverrückbare Positionen im Stillstand verharren.

## **7. Einfache Regeln und wirksame Aufsicht**

Ich komme zum dritten Ziel. Der Staat setzt der Wirtschaft mit seiner Regulierung Leitplanken. Ziel ist der Schutz des einzelnen Bürgers vor Machtkonzentrationen und Zugangshürden. Die Regulierung soll von liberalen Grundsätzen geleitet sein und wenn immer möglich offen und einfach formuliert sein. Wo der Staat die Wirtschaft speziell beaufsichtigt, soll dies wirksam und ohne übermässige administrative Belastung der Beaufsichtigten geschehen. Dafür setze ich mich ein.

Mein Departement ist verantwortlich für die Fragen der Finanzmarktregulierung und für die Aufsicht über den Finanzplatz. Der Finanzplatz Schweiz trägt bedeutend zum Wohlstand der Schweiz bei. Während ganze Branchen innert kurzer Zeit verschwunden oder marginalisiert worden sind, erzielen noch fünf Bereiche zusammen mehr als 80% der Exportgewinne unseres Landes. Neben der Uhrenindustrie, der Pharmabranche, dem Tourismus, dem Maschinenbau zählt vor allem auch die Finanzbranche dazu.

Die Finanzmarktregulierung ist sowohl Voraussetzung als auch Label für diesen funktionsfähigen und effizienten Finanzsektor. Wie jede Regulierung ist aber auch Finanzmarktregulierung nicht zum Nulltarif zu haben. Ihren Preis zahlen insbesondere die Finanzintermediäre, aber letztlich auch die Kunden. Deshalb müssen wir die Vor- und Nachteile spezifischer Regulierungsbestimmungen sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Wir suchen die optimale, nicht die maximale Regulierung. Der Verzicht auf maximale Regulierung bedeutet aber auch, dass nicht alle Risiken ausgeschlossen werden können.

Hier habe ich mit der integrierten Finanzmarktaufsicht FINMA und mit der Totalrevision des Kapitalanlagegesetzes den Grundstein für eine liberale und doch wirksame Gesetzgebung und Aufsicht gelegt. Es liegt nun am Parlament, diesen Steilpass ins Tor zu bringen, nachdem das neue Versicherungs-Aufsichts-Gesetz bereits im Ziel ist.

## **8. Herausforderungen für die Zukunft**

Lassen Sie mich zum Abschluss kurz auf die grösste Herausforderung für den Bundeshaushalt eingehen: Es handelt sich mittelfristig um die Bewältigung der demografischen Entwicklung. Diese ist bisher noch in keiner Finanzplanung genau beziffert, weil die Finanzpläne jeweils auf die nächsten vier Jahre angelegt sind.

Bei reiner Fortschreibung der heutigen Entwicklung stiege der Anteil der

Sozialen Wohlfahrt an den Gesamtausgaben von heute knapp 30% der Gesamtausgaben des Bundes auf rund 40% im Jahr 2015.

Die Fortschreibung des heutigen Zustands führt somit zu einer zusehenden Einschränkung des finanzpolitischen Handlungsspielraums. Ohne die Einleitung von strukturellen Reformen würden die gesetzlich gebundenen Ausgaben im Bereich der sozialen Wohlfahrt die anderen, ungebundenen Aufgaben des Staates zunehmend verdrängen. Mit Blick auf einen attraktiven Standort und einen funktionsfähigen Staat ist diese Entwicklung besorgniserregend.

Der Bundesrat wird sich im Vorfeld der Aufgabenüberprüfung mit dieser Entwicklung auseinandersetzen. Schon jetzt lässt sich aber sagen, dass die Finanzpolitik der nächsten Jahre trotz der momentan aufgehellten Stimmung keineswegs einfacher, sondern wesentlich anspruchsvoller werden wird.

## **9. Fazit**

Die Finanzpolitik steht heute vor Weichenstellungen für die Zukunft. Wir haben die Chance, uns definitiv von den sorglosen Neunziger Jahren zu verabschieden und den Beginn des neuen Jahrhunderts finanzpolitisch verantwortungsvoll weiterzuführen. Nur so können wir einen starken Staat aufrechterhalten, der auch finanzierbar bleibt. Und nur so können sich die künftigen Generationen dereinst auf die eigenen Herausforderungen konzentrieren, ohne zuerst unsere Schulden abarbeiten zu müssen. Wir sollten diese Chance packen!